

A8 – 41291/2009-7
SSA – 12812/2004 – 38
VS St. Veit; Projektgenehmigung,
2-stufiges Verfahren; Genehmigung
des Erweiterungsbaues mit Gesamt-
projektkosten von € 2,956.000,--
exkl. MWSt; Realisierung durch die Grazer
Bau- u. Grünlandsicherungs-GesmbH.

Graz, am 25.3.2010
Ausschuss für Bildung und
Wissenschaft:
Berichterstatlerin:

.....

Finanz-, Beteiligungs- und
Liegenschaftsausschuss:
Berichterstatlerin:

.....
OR Mag. Spath
.....

BERICHT
an den
Gemeinderat

Die VS St. Veit führt im Schuljahr 2009/10 neun Klassen mit insgesamt 225 SchülerInnen. Die Entwicklung der SchülerInnezzahlen im Einzugsbereich der Schule weist bis 2016 eine fallende Tendenz auf, verläuft im gesamten Bezirk Andritz jedoch relativ stabil. Der Bestand einer achtklassigen Volksschule am Standort St. Veit ist daher unerlässlich.

Das Raumangebot an der VS St. Veit entspricht keinesfalls den Anforderungen an einen zeitgemäßen Schulbetrieb. Eine Erhebung der Raumsituation durch die **Steiermärkische Landesregierung**, Fachabteilung 6B, am 10.5.2007 ergab folgendes Ergebnis:

Drei der Klassenräume sind in einem größtmäßig unzulänglichen Raum im Dachgeschoss und in zwei Containern untergebracht, wobei die beiden Containerklassen schulbehördlich keine Genehmigung aufweisen und lediglich als Übergangslösung gedacht sind. Die Einnahme des Mittagessens im Rahmen der Tagesbetreuung ist mit dem jetzigen Raumangebot nicht möglich. Ebenfalls nicht abgedeckt ist der Bedarf für Technisches Werken, es fehlt auch ein Medien- und Mehrzweckraum (einschließlich Schulbibliothek).

Im Einvernehmen mit der Schulleitung wurde folgender Raumbedarf für einen Erweiterungsbau festgelegt:

- | | |
|---------------------------------------|--------------------|
| • 3 Klassenräume je 65 m ² | 195 m ² |
| • 2 Gruppenräume je 25 m ² | 30 m ² |
| • Mehrzweck- und Medienraum | 60 m ² |
| • Technischer Werkraum | 50 m ² |
| • Materiallager für Werkraum | 30 m ² |
| • Zentralgarderobe | 120 m ² |

• Essens- und Freizeitbereich	120 m ²
• Pausenfläche (70 m ² im Bestand)	50 m ²
• 2 Sanitärgruppen	30 m ²
• Lift	5 m ²
• Verkehrsflächen (ca.30 % der Nettonutzfläche)	215 m ²

Der Gesamtzusatzbedarf einschließlich der Verkehrsflächen beträgt somit ca. 930 m².

Auf Basis dieses oben dargestellten Raumprogrammes fand ein geladener **ArchitektInnenwettbewerb** statt, die Jury erkannte am 22.11.2007 dem Projekt von Architekt DI. Adolph Kelz den 1. Preis zu.

Gemäß § 6 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof hat die Stadtsenatsreferentin für das Schulwesen den Stadtrechnungshof um Durchführung einer **Projektkontrolle** ersucht.

Der Stadtrechnungshof hat auf Grund der vorgelegten Unterlagen und in Abstimmung mit dem Stadtschulamt eine **vorgezogene Bedarfsprüfung** für das Projekt (gemeinsam mit den Erweiterungsprojekten an der VS Krones und der VS St. Peter) durchgeführt. Die vollständige Prüfung im Sinne einer Projektkontrolle gem. § 6 GO-StRH erfolgt bei Vorliegen der für eine Projektkontrolle notwendigen detaillierten Unterlagen.

Die wesentlichen **Feststellungen des Stadtrechnungshofes** waren:

- Der Bedarf für diejenigen Maßnahmen, die **auf Grund pädagogischer Prinzipien notwendig** sind, erscheint **nachvollziehbar**. Der Umfang entspricht den Vorgaben der Fachabteilung 6B, auch die für die Führung einer Ganztageschule notwendigen Räumlichkeiten wurden zusätzlich berücksichtigt.
- Auf Grund der Rechtsgrundlagen besteht für den Schulerhalter Stadt Graz offenkundig eine **rechtliche Verpflichtung** zur Anpassung der räumlichen Gegebenheiten in der dargestellten Weise.
- Der Stadtrechnungshof empfiehlt, die geplante Projektgenehmigung als **zweistufiges Genehmigungsverfahren** abzuhandeln und in einem ersten Schritt die notwendigen Finanzmittel für **weiterführende Planungen** freizugeben und nach Vorliegen prüffähiger Unterlagen betreffend Sollkosten die tatsächliche Projektgenehmigung durchzuführen.
- Da die vorgelegten **Kostenschätzungen nur bis zum Jahr 2009 valorisiert** wurden, sind diese auf den tatsächlich geplanten Realisierungszeitpunkt hin zu **überarbeiten** und mit diesen neuen Werten die notwendigen Planungsmittel zu berechnen.
- Der Stadtrechnungshof weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Bedarfsprüfung die **Finanzierung des Projektes nicht gegeben** ist.
- Auf die generell **angespannte Finanzlage** der Stadt Graz sowie auf das Erfordernis, Vorhaben auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken, wird hingewiesen.

Dem Vorschlag des Stadtrechnungshofes folgend wurde ein zweistufiges Projektgenehmigungsverfahren beantragt und mit Beschluss des Stadtsenates vom 26.6.2009 die GBG mit einer vertieften Kostenschätzung beauftragt.

Das Ergebnis dieser vertieften Kostenschätzung, die im Auftrag der GBG vom Wettbewerbsieger erstellt wurde, haben GBG, Stadtbaudirektion – Hochbaureferat und Stadtschulamt überprüft und stellt sich nach Erarbeitung möglicher Einsparpotenziale wie folgt dar:

➤ Gesamtbaukosten (inkl. Baukostensteigerung)	€	2,815.163,--
➤ Einrichtung (geschätzte Maximalkosten)	€	140.833,--
➤ ArchitektInnenwettbewerb (bereits abgerechnet)	€	68.000,--
gesamt	€	3,023.996,--

Die jährlichen Folgekosten für das Erweiterungsprojekt betragen:

➤ Betriebskosten	€	46.500,--
➤ Reinigung (Personal- und Sachkosten)	€	21.000,--
➤ Instandhaltung (€ 1,-- pro m2 und Monat)	€	11.200,--
gesamt	€	78.700,--

Der Betrag von aufgerundet € 2.956.000,-- (davon € 300.000,-- für 2010 und € 2.656.000,-- für 2011/2012) wird im Rahmen des AOG-Programms 2011-2015 (GRB.v.25.6.2009, A8-6073/2009-25) aus der Ressortsumme von Stadträtin Mag. Sonja Grabner bereitgestellt.

Die Durchführung der gesamten noch erforderlichen Investition (ohne den bereits abgerechneten Wettbewerbskosten) in Höhe von € 2,955.996,-- (exkl. MWSt) soll durch die Grazer Bau- u. Grünlandsicherungs-GesmbH. in enger Abstimmung mit dem Stadtschulamt erfolgen. Um den Kostenrahmen einzuhalten, ist im Falle unvorhergesehener Probleme das Projekt entsprechend zu adaptieren.

Bei der Umsetzung des Projektes wird seitens der Stadt Graz die Stadtbaudirektion – Referat für Hochbau als fachlich begleitende Kontrolle integriert.

Das Ergebnis der Sollkostenprüfung durch den Stadtrechnungshof vom 17.3.2010 ist dem Stück als Beilage angefügt.

Im Sinne dieses Berichtes wird daher der

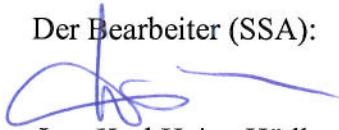
Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge gemäß § 45 Abs 2 Z 5 in Verbindung mit § 90 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:


- Zur Realisierung des Erweiterungsbaues der Volksschule St. Veit wird die Projektgenehmigung in Höhe von € 2,956.000,-- exkl. MWSt erteilt.**

2. Die Mittel sind dem AOG-Programm für die Jahre 2011 bis 2015 (Referentinsumme Stadträtin Mag. Sonja Grabner) zu entnehmen.
3. Mit der Durchführung des Projektes wird die Grazer Bau- u. Grünlandsicherungs-GesmbH. beauftragt.

Der Bearbeiter (SSA):


Ing. Karl Heinz Hödl

Der Abteilungsvorstand des SSA:


Dr. Herbert Just


Die Stadträtin:


Mag.^a (FH) Sonja Grabner

Der Bearbeiter (A8):


Michael Kicker

Der Abteilungsvorstand der A8:


Mag. Dr. Karl Kamper

Der Finanzreferent:


Stadtrat Univ. Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç

Der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft hat in seiner Sitzung am 23.3.2010 den vorliegenden Antrag an den Gemeinderat vorberaten und ihm zugestimmt.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 25.3.2010 den vorliegenden Antrag an den Gemeinderat vorberaten und ihm zugestimmt.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Stellungnahme

gemäß § 98 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz sowie
§ 6 der GO für den Stadtrechnungshof
betreffend **Teil II der Projektkontrolle**
für das Projekt

Erweiterungsbau VS St. Veit

GZ.: StRH – 6509/2010
Graz, 17. März 2010

Prüfungsleitung: Dipl.-Ing. Manfred Tieber

Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz
A-8011 Graz
Tummelplatz 9

Dieser Stellungnahme liegt der Stand der vorliegenden Unterlagen und Auskünfte bis zum 17. März 2010 zugrunde.

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Gegenstand und Umfang der Prüfung	1
1.1. Prüfauftrag und Eckdaten des Projektes	1
1.2. Auftragsdurchführung und Prüfungsschwerpunkte	2
1.3. Zur Prüfung herangezogene Unterlagen	2
1.4. Auskünfte und Besprechungen	3
2. Berichtsteil	4
2.1. Ergebnis der vorgezogenen Bedarfsprüfung	4
2.2. Sollkostenberechnung VS St. Veit und Feststellungen des Stadtrechnungshofes	6
2.3. Folgekostenberechnung VS St. Veit und Feststellungen des Stadtrechnungshofes	8
2.4. Finanzierung	8
2.5. Termine	9
2.6. Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften	9
3. Stellungnahme	10

1. Gegenstand und Umfang der Prüfung

1.1. Prüfauftrag und Eckdaten des Projektes

Bei der **vorliegenden Stellungnahme** handelt es sich um den **zweiten Teil der Projektkontrolle** zum geplanten **Umbau diverser Volksschulen**, siehe dazu auch **Stellungnahme zur vorgezogenen Bedarfsprüfung** vom 10. Februar 2009, „*Erweiterungsbauten der Volksschulen Krones, St. Peter und St. Veit*“, GZ.: StRH-43285/2008. Die Teilung der Projektkontrolle in einen Teil I und einen Teil II beruht auf dem **Präsidialerlass Nr. 17/2002** – „*Projektgenehmigung für Investitionsprojekte*“.

Gegenstand der aktuellen Prüfung ist nunmehr der geplant Erweiterungsbau bei der **Volksschule St. Veit**. Es handelt sich um eine **Prüfung gemäß § 98 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz (Projektkontrolle)**.

Gemäß § 6 Abs 1 GO-StRH sind für die **Projektkontrolle** unter anderem **folgende Prüfungsziele vorgegeben**:

1. Prüfung des Projektes auf **Erforderlichkeit und Umfang** (Bedarfsprüfung),
2. **Prüfung der Sollkosten und Folgekosten**,
3. **Prüfung der voraussichtlichen Finanzierung**.

Der Stadtrechnungshof hat dabei die Projektunterlagen im Sinne der in § 2 Abs 2 festgelegten Grundsätze auf

1. **rechnerische Richtigkeit**;
2. **Übereinstimmung mit** den bestehenden **Gesetzen, Verordnungen** und sonstigen **Vorschriften** sowie
3. **Einhaltung der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit** und **Zweckmäßigkeit**

zu **prüfen** und **innen drei Monaten** dem/der zuständigen Stadtsenatsreferenten/in zu **berichten**.

Die in den Unterlagen **vorgelegten Gesamterrichtungskosten** für den Erweiterungsbau **VS St. Veit** lassen sich **wie folgt darstellen:**

VS St. Veit	EUR
Errichtungskosten ohne Einrichtung	2.765.163
Einrichtung	140.833
Zwischenfinanzierung	50.000
Summe (netto)	2.955.996
Summe (brutto)	3.547.196

1.2. Auftragsdurchführung und Prüfungsschwerpunkte

Die Prüfung wurde **im Februar/März 2010 durchgeführt.**

Als **Prüfungsleiter** für den Teil II der Projektkontrolle **des Erweiterungsbaus VS St. Veit** wurde **Herr Dipl.-Ing. Manfred Tieber** nominiert.

Auf Grund der bereits erfolgten vorgezogenen Bedarfsprüfung befasst sich die **vorliegende Stellungnahme** nur mehr mit der **Prüfung**

- der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit von **Sollkostenberechnungen,**
- der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit von **Folgekostenberechnungen,** sowie
- der **Finanzierung** des Projektes

1.3. Zur Prüfung herangezogene Unterlagen

An - /
Beilage

Betreff

1. Unterlagen zum Vorentwurf von Arch. Dipl.-Ing. A.-H. Kelz; Stand November 2009
2. Kostenaufstellung HKLS und E-Technik; TB Köstenbauer & Sixl GmbH; Stand November 2009
3. Volksschülerweiterungen VS St. Peter, VS Krones, Vs St. Veit, Kostenentwicklung Wettbewerb - vertiefte Kostenberechnung; BD-Referat Hochbau, GBG; Stand Februar 2010
4. Kostenaufstellung mit Einsparungen; GBG; Stand Februar 2010
5. Bericht an den Gemeinderat; Stadtschulamt; Stand 1. März 2010

1.4. Auskünfte und Besprechungen

Mündliche bzw schriftliche

Auskünfte wurden im Zuge der Überprüfung des vorgelegten Projektes erteilt von

Bmstr. Ing. Rainer Plösch	Baumanagement GBG
Arch. Dipl.-Ing. A.-. Kelz	Arch. Büro AH Kelz
Ing. Herbert Freiberger	TB Köstenbauer & Sixl GmbH; HKLS
Hr. Günter Röck	TB Köstenbauer & Sixl GmbH; E-Technik

2. Berichtsteil

2.1. Ergebnis der vorgezogenen Bedarfsprüfung

Der Stadtrechnungshof hat im **Februar 2009** eine **Stellungnahme zur Bedarfsprüfung** für diverse **Erweiterungsbauten an verschiedenen Volksschulen** durchgeführt.

Siehe dazu GZ.: *StRH-43285/2008, Erweiterungsbauten der Volksschulen Krones, St. Peter und St. Veit.*

Zitat: **2.4.3 VS St. Veit**

*Bei dieser Volksschule wurde **seitens der Fachabteilung 6B keine explizite Aufstellung von Fehlbeständen** durchgeführt. Auf Grund der durchgeführten **Raumsituationserhebung** wurden einerseits **generelle Raumfehlbestände**, wie zB Werkraum, Medien- und Mehrzweckraum, sowie **bei drei Klassen unzulängliche Raumgrößen** festgestellt. Hinzu kommt der Umstand, dass sich **zwei** dieser unzulänglichen **Klassenräume in Containern** befinden, für die es **keine schulbehördliche Genehmigung** gibt. Seitens der Fachabteilung 6B wird **dezidiert fest gehalten**, dass die zur Zeit bestehende Situation nur als **provisorische Lösung bis längstens Juni 2010** weiter bestehen kann.*

*Seitens der Fachabteilung 6B wurde in diesem Fall ein **generelles Raum- und Funktionsprogramm** für die Führung einer **8-klassigen Volksschule inkl Turnsaal** übermittelt.*

*Da die Schule über einen **normgerechten Turnsaal** verfügt, konnte auf diesen anlässlich des Architektenwettbewerbs verzichtet werden. Zusätzlich wurden **Räumlichkeiten** wie ein **Ausspeisungs- und Freizeitbereich** berücksichtigt, da die Schule als **Ganztageschule** geführt wird.*

*Aus der Sicht des Stadtrechnungshofes ist bei der **VS St. Veit** die **Erforderlichkeit** eines Erweiterungsbaus und auch der **Umfang, auch auf Grund des schulbehördlich nicht genehmigten Provisoriums** gegeben.*

3.1.1. Zusammenfassung

*Der **Stadtrechnungshof** hat die geplante Erweiterungsbauten bei den **Volksschulen Krones, St. Peter und St. Veit geprüft** und gelangt zum **Ergebnis**, dass der **Bedarf für diejenigen Maßnahmen**, die auf Grund **schulpädagogischer Prinzipien notwendig sind** auch für den **Stadtrechnungshof nachvollziehbar** ist. Bei den **Volksschulen Krones und St. Veit entspricht** auch der **Umfang den Vorgaben der Fachabteilung 6B** und wurden auch die für die Führung einer **Ganztageschule** notwendigen Räumlichkeiten zusätzlich **berücksichtigt**.*

*Betreffend die Erweiterungsmaßnahmen der **VS St. Peter** stellt der Stadtrechnungshof fest, dass das Projekt die aus schulpädagogischer Sicht unbedingt notwendigen Maßnahmen überschreitet; dies betrifft Zusatzflächen **für eine Nutzung als Mehrzweckhalle**.*

*Weiters empfiehlt der Stadtrechnungshof wie bereits eingangs erwähnt die geplante **Projektgenehmigung als zweistufiges Genehmigungsverfahren** abzuhandeln und in einem **ersten Schritt die notwendigen Finanzmittel für weiterführende Planungen frei zu geben und nach Vorliegen prüffähiger Unterlagen betreffend Sollkosten die tatsächliche Projektgenehmigung durch zu führen.***

*Da die vorgelegten **Kostenschätzungen nur bis zum Jahr 2009 valorisiert** wurden, sind diese auf den tatsächlich geplanten Realisierungszeitpunkt hin zu **überarbeiten** und mit diesen neuen Werten die notwendigen Planungsmittel zu berechnen.*

In **weiterer Folge** wurde eine **vertiefte Kostenberechnung** für alle drei oben genannten Volksschulen durchgeführt. Die Genehmigung dafür erfolgte in der Stadtsenatssitzung am 11. Mai 2009. Diese vertiefte Kostenberechnung hat ergeben, dass das **Ergebnis dieser Berechnungen** bei **zwei Schulen über** und bei der **VS St. Veit unter den Kostenschätzungen** anlässlich des Stadtsenatsbeschlusses liegt.

Als **Gründe für die Überschreitungen** werden ua

- **Flächenüberschreitungen** und **Funktionsverbesserungen**, vor allem bei den zu berücksichtigenden **Bestandsflächen** der Volksschulen St. Peter und Krones,
- ein **erhöhter Aufwand** im Bereich des **Oberflächenwassermanagements** auf Grund der in der nahen Vergangenheit aufgetretenen Starkregenereignisse,
- **erhöhte Anforderungen** im Bereich „**Energieeinsparung und Wärmeschutz**“
- etc

angeführt.

Der **Stadtrechnungshof** hat diese **Kostenentwicklung für die einzelnen Volksschulen nicht im Detail überprüft** und bezieht sich dabei auf einen **Bericht** über die **Kostenentwicklung zwischen Wettbewerb und vertiefter Kostenberechnung**, erstellt vom **Referat Hochbau der Stadtbaudirektion** in Zusammenarbeit mit der **GBG**.

Auf Grund dieser Kostenentwicklung wurde beschlossen vorerst **nur für die Volksschule St. Veit** die endgültige **Projektgenehmigung zum Um- und Ausbau** zu erlangen.

2.2. Sollkostenberechnung VS St. Veit und Feststellungen des Stadtrechnungshofes

Die **Gesamtkosten des gegenständlichen Projektes** wurden von der **GBG** bekannt gegeben. Als Basis diente eine **Kostenschätzung des planenden Architekten** auf dem **Stand „Vorentwurf“ (Ö-NORM)** und wurde diese von der GBG in weiterer Folge vervollständigt.

Die vorgelegte **Kostenaufstellung ist gem ÖNORM B1801-1 gegliedert**, zusätzlich ergänzt seitens der GBG um den *Kostenbereich 10 „Zwischenfinanzierung“* und enthält folgende einzelne Kostenbereiche:

KB	Kostenbereich		% der ASK	% der BWK	
0	Grund		0,0%	0,0%	0 €
1	Aufschließung		1,6%	2,6%	47.471 €
2	Bauwerk - Rohbau		18,6%	30,2%	549.657 €
3	Bauwerk - Technik		12,8%	20,8%	378.790 €
4	Bauwerk - Ausbau		30,1%	48,9%	888.954 €
5	Einrichtung		4,8%	7,7%	140.833 €
6	Außenanlagen		2,4%	3,8%	69.587 €
7	Planungsleistungen		14,8%	24,1%	438.205 €
8	Nebenleistungen		2,1%	3,4%	62.500 €
9	Reserven		11,2%	18,2%	330.000 €
10	Zwischenfinanzierung		1,7%	2,8%	50.000 €
	Summen				
BWK	Bauwerkskosten	2,3,4	61%	100%	1.817.401 €
BAK-E	Baukosten ohne Einrichtung	1,2,3,4,6	65%	106%	1.934.459 €
BAK	Baukosten	1,2,3,4,5,6	70%	114%	2.075.292 €
ERK-E	Errichtungskosten ohne Einrichtung	1,2,3,4,6,7,8,9	94%	152%	2.765.163 €
ERK	Errichtungskosten	1,2,3,4,5,6,7,8,9	98%	160%	2.905.996 €
GSK-E	Gesamtkosten ohne Einrichtung	0,1,2,3,4,6,7,8,9	94%	152%	2.765.163 €
GSK	Gesamtkosten	0,1,2,3,4,5,6,7,8,9	98%	160%	2.905.996 €
ASK-E	Anschaffungskosten ohne Einrichtung	0,1,2,3,4,6,7,8,9,10	95%	155%	2.815.163 €
ASK	Anschaffungskosten Netto	0,1,2,3,4,5,6,7,8,9,10	100%	163%	2.955.996 €
ASK B	Anschaffungskosten Brutto	0,1,2,3,4,5,6,7,8,9,10	120%	195%	3.547.196 €

Quelle: Kosten vertiefte Kostenberechnung GBG

Anmerkung Stadtrechnungshof:

Zur oben angeführten Zusammenstellung ist anzumerken, dass die tatsächlichen **Anschaffungskosten Netto** geringfügig höher sind, und zwar **2.957.424 EUR**. Grund ist ein Rechenfehler in der betreffenden Exceltabelle.

Zum Thema Sollkosten stellt der Stadtrechnungshof zusammenfassend fest:

- Die **Flächenkennzahlen** entsprechen im Wesentlichen mit kleineren Adaptierungen denjenigen aus dem Wettbewerbsergebnis.
- Die **Gliederung der Kostenschätzung** erfolgte **gemäß ÖNORM B1801-1**.
- Die **Kostenschätzung** ist dem **Planungsstand entsprechend** und erfolgte einerseits **gem Kennzahlen** wie zB **m²-Ansätzen** und **Erfahrungswerten** bei den Kostenschätzungen betreffend HKLS- oder E-Technik und andererseits auf Grund von **detaillierteren Berechnungen** von **Elementen** in den Kostenbereichen Bauwerk-Rohbau oder Bauwerk-Ausbau.

Eine **grobe Plausibilisierung** von **Hauptmassen** sowie von **vergleichbaren Einheitspreisen** (diese erfolgte anhand eines Vergleichsprojektes, der Erweiterung der Volksschule Waltendorf) ergab **keine auffälligen Abweichungen**.

- **Nachvollziehbare Massenermittlungsblätter** sind allerdings **nicht vorhanden**, lt Auskunft des planenden Architekten erfolgte diese großteils manuell auf Skizzen/Plänen und Notizen lt den Vorentwurfplänen.
- **Kosten** für ein **Provisorium** während der Bauphase sind in Form von **Containermieten** enthalten.
- Die **Reserven** werden mit **rd 18,2%** der **Bauwerkskosten** ausgewiesen. Diese **enthalten** Reserven für **Unvorhergesehenes** und einen Anteil für **Indexsteigerungen**.

Der Anteil für **Reserven für Unvorhergesehenes** beträgt dabei **lediglich 10 % der Bauwerkskosten** und ist damit aus Sicht des Stadtrechnungshofes **sehr niedrig angesetzt**. In dieser Phase sind Ansätze für Unvorhergesehenes von 20 % und mehr durchaus üblich.

- Eine **Baukostenindexsteigerung** von **4%** wurde **bis zum Jahr 2011 berücksichtigt** und ist, wie oben bereits festgestellt in den Reserven enthalten.
- In der Kostenberechnung **enthalten** sind **Kosteneinsparungen** in Höhe von insgesamt **rd. 124.000 EUR** berücksichtigt.
- Ein **Vergleich mit Projekten** der jüngsten Vergangenheit wie zB der Kinderbetreuungseinrichtung Ghegagasse oder der Volksschule Waltendorf zeigt im Vergleich der signifikanten Kennzahlen **keine auffälligen Abweichungen**.

2.3. Folgekostenberechnung VS St. Veit und Feststellungen des Stadtrechnungshofes

Vom Stadtschulamt wurden im Bericht an den Gemeinderat die zu erwartenden **Folgekosten** wie folgt bekannt gegeben.

Betriebskosten		EUR	46.500,-- pa
Reinigung:	Personal- und Sachkosten	EUR	21.000,-- pa
Instandhaltung	(1,00 EUR pro m ² und Monat)	EUR	11.200,-- pa
		EUR	78.700,-- pa

Da seitens des Stadtschulamtes dasselbe Schema der Folgekostenberechnung wie bereits bei vorhergehenden Projekten aber keine weiteren Detailinformationen vorgelegt wurden **hat der Stadtrechnungshof die vom Stadtschulamt übermittelten Daten keiner Detailprüfung unterzogen.**

2.4. Finanzierung

Gemäß **Präsidialerlass Nr. 17/2002** sind **Projektgenehmigungen** erst dann dem zuständigen Organ zur Beschlussfassung **vorzulegen**, wenn auch **konkrete Aussagen über die Finanzierung** vorliegen.

Laut **Gemeinderatsbeschluss vom 25.6.2009** „Mittelfristige Finanzplanung AOG-Programm 2011-2015 Grundsatzbeschluss“, GZ.: A8-6073/2009-25 stehen der für das Schulwesen **zuständigen Stadträtin, Fr. Mag^a. (FH) Sonja Grabner** in der **AOG 2011 bis 2015 insgesamt rd 34,44 Mio EUR** zur Verfügung. Für den **Bereich Schulerweiterung**, Neu- und Zubauten werden in diesem Gemeinderatsbericht **rd 22,61 Mio EUR ausgewiesen.**

Die **Durchführung der gesamten Investition erfolgt durch die GBG** in enger **Abstimmung mit dem Stadtschulamt.** Im Anschluss wird eine entsprechende **Ergänzung des Mietvertrages** zwischen der Stadt Graz und der GBG erfolgen.

2.5. Termine

Zur Zeit existiert **kein verbindlicher Zeitplan**. Lediglich aus der **Kostenaufstellung** ist ein **Endtermin mit September 2011** ersichtlich und wurde auch die **Valorisierung nur bis zum Jahr 2011** berücksichtigt.

Sollte das Projekt somit nicht bis Ende 2011 realisiert sein, ist mit zusätzlichen Valorisierungskosten zu rechnen.

2.6. Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften

Der Stadtrechnungshof geht davon aus, dass bei einer Umsetzung dieses Projektes **auf die Einhaltung sämtlicher relevanter Gesetze, Richtlinien und Vorschriften geachtet wird**. Die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften wurden nicht im Einzelnen geprüft.

3. Stellungnahme

Wir haben auftragsgemäß die Projektkontrolle zum Thema

Umsetzung des Projektes „Erweiterungsbau VS St. Veit“

durchgeführt.

Im Rahmen unserer Stellungnahme beziehen wir uns auf die Überprüfung und Beurteilung der vorgelegten **Sollkostenberechnungen** sowie die Überprüfung und Beurteilung der vorgelegten **Folgekostenberechnungen**. Die Feststellungen wurden seitens des Stadtrechnungshofes ausführlich in den einzelnen Kapiteln erläutert.

Auf die generell angespannte Finanzlage der Stadt Graz sowie auf das Erfordernis, Investitionsvorhaben auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken, sei an dieser Stelle hingewiesen.

Graz, 17. März 2010

Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz

Dipl.-Ing. Manfred Tieber
Prüfungsleiter

Dr. Günter Riegler
Stadtrechnungshofdirektor